

# Weitblick

## MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 84 – März, 2008

Verlagspostamt 9020  
p.b.b. 02Z030436 M

### ZUR GRAZER WAHL

„Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten“. Dieser Überzeugung waren 48 % der Grazer Wähler und gingen gleich nicht zur Wahl. Interessanter als die Wahl scheint uns das Lügengespinnst rundherum.

Selten so deutlich führte die FPÖ einen Wahlkampf buchstäblich gegen alle. Ohne Anspruch auf Vollkommenheit: ÖVP, SPÖ, GRÜNE, BZÖ, Kath. Kirche, Caritas, Evangelische Kirche, Muslime, Kultusgemeinde, Anarchisten, gewalttätige Linke, KPÖ usw. usw. Gegen alle Träger dieses Systems. Und bestand glänzend.

Sie meinen, in den Zeitungen stand das Gegenteil? Sie hätten sich mehr erhofft? Welche Partei eigentlich nicht? Zum ersten Mal stand auch geschlossen die gesamte Presse gegen die FPÖ und log wie gedruckt. Ausgehend von einem Satz bei einer Wahlkampfrede der tapferen Spitzenkandidatin Dr. Susanne Winter, welcher in seiner Form sicher nicht zu den besten der Wahlkampfgeschichte zählte, aber natürlich ein Problem aufzeigen sollte, nämlich den Islamismus in Österreich, wurde gehetzt, wie man es noch selten, selbst im roten ORF erlebt hatte. Der ging so weit, am Wahlabend die FPÖ gar nicht zu erwähnen, geschweige denn als erfolgreich. Denn das war sie nämlich, und zwar nicht nur relativ.

Damit es nicht vergessen wird einige Fakten:

Also erst einmal ging die Hälfte der Wähler gar nicht wählen. So verlor selbst die siegreiche ÖVP gegenüber der letzten Wahl Stimmen. Die FPÖ legte über 3.000 Stimmen zu, d. h. von rund 8.000 auf 12.000. Sie gewann zwei Mandate dazu, von vier auf sechs – ein Drittel. Sie gewann zum ersten Mal einen Sitz in der Stadtregierung, und der wird von Dr. Susanne Winter besetzt werden. Und in Prozenten 3,2 %, von 8 % auf 11,5 % - also wie man es auch wendet – Prozente, Stimmen, Mandate – die FPÖ hatte Erfolg.

Aber das wärs ja nicht – es geht um viel wichtigere Dinge, als Prozente bei Wahlen. Das national-freiheitliche Lager hat sich als standfest erwiesen, nach diesem Trommelfeuer unglaublich erfreulich: Man stand zueinander, man ging zur Wahlurne, man trotzte dem Terror. Und das ist das Erfreulichste.

Sodenn noch eine Fußnote: Einen heiteren Beitrag leistete sich der oberfaule Orange Westenthaler, der mit seinem BZÖ natürlich voll in den Chor der anderen einstimmte und mit 4,5 % abschnitt. Am Wahlabend traute er sich doch ohne Schamröte davon zu reden, viele seiner Anhänger würden die Spaltung bedauern . . .

Halten diese Leute eigentlich die Menschen für Idioten? Wer hat die FPÖ gespalten, wer hat versucht, sie zu ruinieren, wer hat während der Regierungsbeteiligung die Einwanderung zugelassen, wer hat seine Leute im Stich gelassen?

Zitat Adalbert Stifter: „Wer heute die alte Pflicht verrät, verrät auch morgen die neue.“

### NIEMALS ZU RECHTFERTIGEN

Fidel Castro bei seinem Besuch in Dresden 1972: „Wir haben die Bilder des zerstörten Dresden aus dem Februar 1945 gesehen und waren sehr erstaunt zu hören, daß damals hier keine Waffen hergestellt wurden, und daß diese Stadt trotzdem am 13. und 14. Februar 1945 in einem Akt völlig unnötiger Grausamkeit und Terrors, der 350.000 Menschen das Leben kostete, zerstört wurde. Das war zweifellos eine Tat, die niemals zu rechtfertigen sein wird!“

### STUMME PENSIONEN

250.000 Ausländer, die nur kurz in Österreich beschäftigt waren und jetzt in ihre Heimat zurückgekehrt sind, bekommen die Pension nachgeschickt. Der Vorsitzende des Seniorenrates, Andreas Khol (ÖVP), nennt das „stumme Pensionen“.

### ZITAT

Löb Baruch (1786 – 1837): „Die Lebenskraft eines Zeitalters liegt nicht in seiner Ernte, sondern in seiner Aussaat.“

### Kassenpleite durch Zuwanderung

Als Hauptverursacher der Misere der Gebietskrankenkassen sieht FPÖ-Chef Strache die „Massenzuwanderung“. Flüchtlinge nähmen aufgrund schlechter medizinischer Versorgung in ihrer Heimat hierzulande mehr Leistungen in Anspruch. Außerdem gebe es oft nur einen Versicherten, bei dem die ganze Familie mitversichert sei. Das größte Problem sieht der FPÖ-Obmann jedoch im Mißbrauch der E-Card. Laut Strache werde im Hauptverband der Sozialversicherungsträger hinter vorgehaltener Hand von einem Schaden in der Höhe von 80 Millionen Euro gesprochen.

### ZITAT

Otto Bauer, (1881 – 1938) Wortführer des Austromarxismus: „Wollen wir den deutschen Besitzstand dem deutschen Volke erhalten, dann müssen wir der deutschen Arbeiterbevölkerung die Möglichkeit schaffen, eine gesunde und kraftvolle Nachkommenschaft zu erziehen.“

# Abkassier-Exzesse in Brüssel

Der Staatsrechtler Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim (Speyer) berichtet in seinem Buch „Das Europa-Komplott“ von abenteuerlichem Geldsegen für Eu-Parlamentarier.

Leise und ohne große Debatten füllen sich die durch zwingende EU-Richtlinien sonst kaum noch entscheidungsbefugten Abgeordneten das eigene Säckel. So kann zum Beispiel jedes Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) mit bis zu 20.000 Euro im Monat an Kostenerstattung rechnen. Dazu kommen pro Person und Monat 3.500 Euro Taggelder. Weiters bekommt jedes MdEP 3.785 Euro Monatspauschale für seine Kosten in der Heimat – ob diese entstehen oder nicht, Belege, die Verwendung des Geldes betreffend, sind nicht erforderlich. An Reisekostenpauschale könne ein EU-Abgeordneter knapp 30.000 Euro pro Jahr einstecken. Ferner gibt's unter der Bezeichnung „Zulage für parlamentarische Assistenz“ bis zu 14.865 Euro pro Abgeordneten für die Beschäftigung von Mitarbeitern (Stand 2005). „Über Fähigkeit und Verwendung der Mitarbeiter verlangt niemand Rechenschaft. Es gelten keinerlei Mindestqualifikationen.“ Diese Zulage werde, so von Arnim, regelmäßig zur Vetternwirtschaft genutzt. Ganze Familien würden so aus völligem Eigennutz der Abgeordneten in Lohn und

Brot gebracht. Hinzu kommen großzügige Gesundheitsleistungen, die sich die EU-Abgeordneten ohne jegliche Beitragszahlung selbst für den Krankheitsfall bewilligt haben. Es „werden den Abgeordneten wie Privatpatienten alle Arzt- und Krankenhauskosten erstattet sowie alle ärztlich verordneten Arzneimittel. Auch teure Zahnbehandlungen und Zahnersatz, die Kosten von Brillen und Kontaktlinsen alle zwei Jahre sind innerhalb großzügiger Margen erstattungsfähig. Hinzu kommt die Kostenerstattung von Akupunkturbehandlungen, die Gewährung von Tagegeldern nicht nur bei Genesungskuren, sondern auch bei Badekuren und vieles mehr.“ Für diese Gesundheitsfürsorge könne sich jeder Abgeordnete für sich und jedes Familienmitglied jeweils bis zu 30.000 Euro jährlich aus der EU-Kasse erstatten lassen. Eine vierköpfige Familie habe demnach 120.000 Euro jährlich – ohne Beitragszahlung. Und zur Krönung gibt es noch eine völlig überzogene Doppelversorgung bei den Pensionen und riesige Zusatzeinkommen durch kassierte Gelder für Lobbyarbeit.

Alles abgesegnet in nicht-öffentlichen Verhandlungen des Parlaments.

## ZITAT

Landeshauptmann Jörg Haider zur Aufhebung der Ortstafelverordnung durch den Verfassungsgerichtshof: „Wenn in diesem Fall die höchstgerichtlichen Erkenntnisse nicht eingehalten werden müssen, dann werden diese Erkenntnisse auch nicht so wichtig sein, wenn sie der Kärntner Seele nicht zumutbar sind.“

## KARRIEREN

Gertraud Knoll – einst Superintendentin der Evangelischen Kirche, Präsidentschaftskandidatin sowie Leiterin der SPÖ-Zukunftswerkstätte – tritt nun die Nachfolge von Ex-Innenminister Caspar Einem als SPÖ-Nationalratsabgeordnete an. Dieser wiederum wechselt in die Privatwirtschaft, und zwar zum Flugunternehmen „JetAlliance“.

## Nobelpreisträger unter "Rassismus"-Verdacht

Nobelpreisträger James Watson empört die britische Gleichheitskommission. Der 79-jährige Mitentdecker der DNA-Doppelhelix behauptet, daß Afrikaner weniger intelligent als Weiße sind. Klarer Fall von Gedankenverbrechen! Die Moralwächter des verordneten Weltbildes schalteten prompt. Watson, der auch Kanzler des renommierten Cold Spring Harbor Laboratory ist, wurde dort kurzerhand vor die Tür gesetzt.

Sind die Schwarzen schwulenfeindlich?  
Die SP familienfreundlich?  
Sind Asylgesetze schmerzlos?  
Ist der Platter kalt und herzlos?  
Mit solch Fragen, die nichts taugen,  
streuen Sand uns in die Augen,  
nageln vor die Köpfe Bretter  
ORF und rosa Blätter  
und verschweigen den Skandal,  
daß den Mächten längst egal,  
raffgeil und EU-gelenkt,  
was das Volk will, meint und denkt.

Wolf Martin

Aus KRONE Österreichs größter Tageszeitung

## BELOHNUNG FÜR UNFÄHIGKEIT

Der, von der schwarz-blauen Regierung eingesetzte Vorstand der Autobahngesellschaft Asfinag, bestehend aus Mathias Reichhold, Franz Lückler und Christian Trattner muß schon 2008 statt 2011 gehen. Jeder der drei vorzeitig Hinauskomplimentierten soll mit 720.000 Euro abgefunden werden. Infrastrukturminister Werner Faymann begründet den vorzeitigen Abgang so: „Diese drei können das nicht!“. Was die drei nicht können ist Folgendes: Bis 2020 sollen 20 Milliarden Euro in den Straßenbau investiert werden. Vorgabe sei, daß von dieser Summe 10 Prozent – also 2 Milliarden Euro – eingespart werden müssen. Das habe man den alten Vorständen nicht zugetraut und deshalb zwei neue Manager bestellt, und zwar den als SPÖ-nahe geltenden Alois Schedl als Technikvorstand und den ÖVP-nahen Klaus Schierhackl als Finanzvorstand. Mitverantwortlich für die Höhe der Abfindungen ist, laut Faymann, Ex-Verkehrsminister Gorbach. Dieser habe „ohne Not, als er Reichhold bestellte, die Verträge der anderen Vorstände bis 2011 verlängert.“

## Freigeldexperiment

Die Gemeindeverwaltung von Wörgl unter Bürgermeister Michael Unterguggenberger gab 1932-1933 neben der österreichischen Staatswährung eine eigene, interne Zweitwährung heraus - nach dem „Freigeld-System“. Regierung und Notenbank ließen die Gemeinde gewähren, in der Annahme, daß dieses utopische Experiment von selbst totlaufen würde. Als sich nach einem Jahr nicht zu übersehende Erfolge einstellten, wollten hundertfünfzig österreichische und auch einige ausländische Gemeinden, dem Vorbild von Wörgl folgen. Nun mußte jedoch die österreichische Regierung unter dem Druck der internationalen Hochfinanz, gestützt auf die Verletzung des NOTENBANKPRIVILEGS, das Experiment und seine Nachahmung verbieten.

Impressum: WEITBLICK – Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: AFP Kärnten, Sepp Kraßnig. Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Druck: Bauer, 9020 Klagenfurt Für Spenden aus EU-Ländern: BIC OPSKATWW, IBAN: AT56600000007438558.

## ZITAT

Der polnische Geschichtsforscher Jan Tomasz Groß ermittelte den Hintergrund des Judenmordes von Jedwabne 1941: „Jahrelang lautete die offizielle These, die deutschen Besatzer seien für das Massaker verantwortlich. Tatsächlich wurden die Juden von Jedwabne von ihren Nachbarn ermordet.“

## WIR UND DER REST DER WELT

Oberst Heinz Assmann, Kommandant des österreichischen Tschad-Kontingents: „Österreich ist Teil Europas und trägt Verantwortung für den Rest der Welt.“

## „Israel braucht Geld“

„Israel braucht Geld“ betitelte der Sender „n-tv“ einen Korrespondenten-Beitrag, in dem es um neue Forderungen aus Jerusalem geht. Dem israelischen Rentenminister Rafi Eitan (80) ist bei neuen Geldforderungen an Deutschland kein Argument abenteuerlich genug. So meint er, in dem 1952 geschlossenen Wiedergutmachungsabkommen sei nicht berücksichtigt gewesen, daß heute die Lebenserwartung und auch der Medikamentenbedarf im hohen Alter wesentlich höher seien. Ebenso wenig habe man die Einwanderung von „Holocaust-Überlebenden“ in fünf- bis sechsstelliger Zahl aus der früheren Sowjetunion nach Israel vorhergesehen. Und außerdem bedürfe es überhaupt gar keiner Begründung für neue Forderungen denn „juristisch gesehen kann ein israelischer Überlebender den deutschen Staat nicht verklagen – er sehe das aber nicht juristisch, sondern moralisch“. Der ehemalige Mossad-Agent und Eichmann-Entführer forderte in einem Brief an das Bundeskanzleramt einen vollständigen Schuldenerlaß von Deutschland. Die 500 Millionen Euro wolle er dann in einen Fonds für Holocaust-Überlebende einzahlen. Als das Bundesfinanzministerium diesem Vorschlag widersprach, antwortete Eitan: „Dann gebt uns das Geld eben so.“

## Die Wahrheit über den Fall „Atomic“

**Eigentümer A. Rohrmoser wurde von der Bawag kalt vernichtet**

Der vorjährige parlamentarische Bankenausschuß hat sich auch der Vorgänge um den Konkurs der Skifabrik Atomic in den Neunzigerjahren angenommen. Der Entwurf zum Schlußbericht liest sich wie ein Krimi – die Vernichtung des Lebenswerks von Atomic-Gründer Alois Rohrmoser (er verstarb 2005) durch die Bawag.

die folgenden Zitate aus dem Bericht geben Einblick in ein erschreckendes Sittenbild.

„Die Firma Atomic Sports war zum Zeitpunkt des Konkursantrags der Bawag nicht überschuldet.“ „Aufgrund der weitgehenden persönlichen Haftung des Alois Rohrmoser erhielten die meisten Gläubiger eine Quote von nahezu 94 %.“ „Die Einleitung des Konkurses über das Vermögen von Atomic war rechtswidrig, eine objektive konkursgerichtliche Überwachung war nicht gegeben und das Konkursverfahren selbst war wegen Befangenheit des Richters kein faires Verfahren.“ „Aus dem Ablauf der Ereignisse geht ohne jeden Zweifel hervor, daß die Bawag die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in schikanöser Weise eingesetzt hat, um Atomic und den Alleineigentümer Alois Rohrmoser unter Druck zu setzen und in eine ausweglose Situation zu bringen.“ Rohrmoser selbst wurden Gegenmaßnahmen verweigert: „Im zeitlichen Zusammenhang mit mehreren aktenkundigen heftigen Interventionen des Bawag-Generaldirektors Elsner beim damaligen Innenminister Schlögl persönlich wurden gegen ermittelnde Gendarmeriebeamte Straf- und Disziplinarverfahren eingeleitet.“

Nicht vom Brote allein,  
es lebt vom Traume der Mensch.  
Es ist Traum das Unre  
und stärker als die Tat,  
die ihm willig nachfolgt.

Unter Völkern  
gewohnt zu kämpfen,  
tapferes Volk,  
bewahr immer einer den Traum,  
und einer halte die Flamme lebendig!

Daß die späten Äone  
uns noch finden und götterfroh  
und gesegnet und reicher  
in der Liebe der Nachgeborenen.

Heilig dunkelnde Kunst,  
du schöne Seele des Vaterlands!  
Dich zu haben, ist viel. Du  
beugst im Ausgang das Haupt dem Sänger.

Josef Weinheber

## Abend voller Dissonanzen

„Eigentlich war es als Lesung mit anschließendem Konzert geplant, doch der Auftritt des israelischen Schriftstellers und Musikers Gilad Atzmon im Bahnhof Langendreeer entwickelte sich anders als erwartet.

Statt aus seinem neuen Roman zu „My one and only Love“ (Meine eine und einzige Liebe) zu lesen, wollte Atzmon lieber über das Buch und dessen Entstehungshintergrund erzählen. „In Israel“, so der seit 1994 im Londoner Exil lebende Atzmon, „wird man eingesperrt, wenn man nicht mit der offiziellen Meinung übereinstimmt“. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Vergangenheit. In seinen Büchern versuche er, diese Vergangenheit neu zu arrangieren. Was folgte, war eine hitzige Debatte zwischen dem Literaten und dem Publikum, in deren Verlauf mehrere Zuschauer unter Protest den Saal verließen. Atzmon bezeichnete die uns bekannte Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust als eine komplette, von Amerikanern und Zionisten initiierte Fälschung. Der wahre Feind sei nicht Hitler, sondern Stalin gewesen. Die Deutschen sollten dies endlich erkennen und sich nicht länger schuldig und auch nicht verantwortlich fühlen. „Ihr seid die Opfer“, meinte Atzmon.

Die Bombenangriffe auf deutsche Städte hätten stattgefunden, weil die Amerikaner diese Bomben besaßen und einsetzen wollten. Und genauso sei es auch in Vietnam und heute in Afghanistan und im Irak gewesen. Das wahre Böse unserer Zeit seien George W. Bush, Tony Blair und Ariel Sharon.

Besonders heftig entbrannte die Diskussion, als Atzmon die Zahl der während des Holocausts umgekommenen Juden in Frage stellte und argumentierte, es gäbe „keinerlei forensischen Beweis“ dafür, daß diese wirklich 6 000 000 betragen habe. Eine These, die ihm massive Kritik seitens des Publikums einbrachte.“ (Ruhrnachrichten, 29.11.2005)

## ZITAT

Sachverständiger Prof. Dr. Gerhard JAGSCHITZ am 3.10.1996: „Die gesamten Unterlagen, die seriöse Kritik und die seriöse Interpretation muß aber davon ausgehen, daß sich die Zahl der ermordeten Juden etwa im Bereich zwischen 700.000 – was ich als Minimum annehme – und 1,4 Millionen bewegt.“

## HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT?

### Der Verfassungsgerichtshof als Gesetzgeber!?

Die weit überzogenen Forderungen einiger Kärntner Slowenen nach immer mehr zweisprachigen Ortstafeln werden immer dreister.

Auf die international gepflogenen Formen des Volkstumsbekenntnisses wurde seinerzeit auf Drängen der Kärntner Slowenen verzichtet, und statt dessen am 14.11.1976 die geheime Erhebung der Muttersprache durchgeführt. Auch diese wurde von den Slowenen abgelehnt und massiv behindert (Besetzung der Wahlzellen, Raub der Wahlurne in Zell und Vernichtung des Inhalts. Das Verfahren gegen die Urnenräuber wurde im April 1978 von Bundespräsident Kirchschräger niedergeschlagen.). Trotz alledem lag die Wahlbeteiligung bei 86 Prozent, obwohl es keine Wahlpflicht gab. Dabei war die schwierige Frage zu entscheiden, bei welchem Anteil der Minderheit könne man von einer „gemischtsprachigen Bevölkerung“ gemäß Absatz 2 des Artikels 7 des Staatsvertrages sprechen. Bei den Verhandlungen erzielte man einen Durchbruch, als Dr. Kreisky den Vorschlag von Dr. Scrinzi aufnahm, sich auf den zwischen Italien und Jugoslawien geschlossenen Vertrag von Ossimo zu beziehen, der für das Görzisch-istrische gemischte Gebiet hierfür einen 25 prozentigen jeweiligen Bevölkerungsanteil vorsah. Kreisky nannte diesen Vorschlag eine „Königs idee“. Das Gesetz hat dann schließlich dieses 25 Prozent-Kriterium übernommen.

Erst 25 Jahre später, nämlich 2001, wird der Verfassungsgerichtshof diese „Königs idee“ für verfassungswidrig erklären.

Das Besondere daran ist, daß der Präsident des Verfassungsgerichtshofes seinerzeit als Leiter des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes an dieser Regelung nichts Bedenkliches gefunden hatte.

Der Verfassungsgerichtshof verlangte (!) bis 31.12.2002 eine neue Regelung der zweisprachigen Ortsbezeichnungen, welche aber bis heute noch nicht durchgeführt ist. Obwohl dazu durch die Verfassung nicht ermächtigt, schlug der Verfassungsgerichtshof einen 10 Prozent Anteil als Richtmarke vor.

Sowohl vom Verfassungsgerichtshof, als auch vor allem von den Kärntner Slowenen wird völlig übersehen, daß die im Gesetz vorgesehene 25 Prozent-Marke Bevölkerungsanteil zugunsten der Minderheit längst weit unterschritten ist.

Einmal war 1977 die Zurechnung aller angegebenen Sprachverbindungen (deutsch-slowenisch, slowenisch-deutsch, deutsch-windisch, windisch-deutsch, slowenisch-windisch, windisch-slowenisch) zugunsten der Slowenen einer Fälschung des Zählungsergebnisses ziemlich nahe gekommen. Mehr als bedenklich erscheint auch, daß der immerhin 13,7 Prozent betragende Nichtwähleranteil bei der geheimen Sprachenermittlung den Slowenen zugerechnet worden ist!

Die Gutmütigkeit der Kärntner ist bekannt, aber man sollte sie halt nicht strapazieren.

### Aide-mémoire

der österreichischen Bundesregierung vom 14.7.1976: „Das Recht, sich statistische Angaben über die Zusammensetzung seiner Bevölkerung zu verschaffen, kann Österreich nicht verwehrt werden.“



lesen Sie auch

## Volkstammengesetz vom 7.7.1976

Auszug:

„Durch Verordnungen der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates sind nach Anhörung der in Betracht kommenden Landesregierung festzulegen:

Die Gebietsteile, in denen wegen der verhältnismäßig beträchtlichen Zahl (**ein Viertel**) der dort wohnhaften Volkstammangehörigen topographische Bezeichnungen zweisprachig anzubringen sind.“

## „Unternehmen Patentraub 1945“

Bis heute wird weltweit verschwiegen, daß die USA ihren steilen Aufstieg vom technisch weitgehend veralteten Maschinenhersteller, der keine Grundlagenforschung betrieben hatte, zur ‚einzigsten Weltmacht‘ nach 1945 dem aus dem vollkommen besetzten Deutschland gewaltsam mitgenommenen geistigen Eigentum verdanken.

Die amerikanische Führung hatte früh bemerkt, daß das Deutsche Reich in Wissenschaft und Technik den anderen Nationen um Jahre voraus war und eine unglaubliche Fülle neuer Forschungsergebnisse und Verfahrensweisen zu bieten hatte. Unter Leitung und ausdrücklicher Genehmigung von US-Präsident Truman kam es nach Kriegsende zum größten Technologieraub aller Zeiten. Höchste amerikanische Gremien aus Industrie und Wissenschaft hatten vorher die Operation zur Ausbeutung der deutschen Wirtschaft und Technik von langer Hand gemeinsam generalstabsmäßig geplant und durchgesetzt.

Tausende von US-Spezialisten kamen im Frühjahr 1945 dicht hinter der Front ins Reich und durchkämmten die deutschen Betriebe nach neuen Maschinen, Verfahren und technischen Erfindungen. Außer der vollständigen Wegnahme von Hunderttausenden von deutschen Patenten, Gebrauchsmustern und Entwicklungsskizzen nahmen die Amerikaner dazu noch Tausende von deutschen Forschern und Technikern einfach mit, die dann jahrelang zur Forschungsarbeit und zur Bedienung der neuen deutschen Geräte in den USA gezwungen wurden.

(Entnommen dem Buch „Unternehmen Patentraub 1945“, Grabert Verlag Tübingen, ISBN 978-3-87847-241-4, ISSN 0564-4186)

## „Oskar“Gewinner

Stefan Ruzowitzky, als er den Preis für „Die Fälscher“ entgegennahm: „Deshalb macht es Sinn, daß der erste österreichische Film, der einen Oskar gewinnt, von den Verbrechern der Nazis handelt.“

## ZITAT

Leopold Wagner, Kärntner Altlandeshauptmann: „Der Film war also, so wie alle Filme, die in die Kinos und ins Fernsehen kommen, auch nur dem einen Zweck gewidmet, dem Filme immer gewidmet sind, nämlich dem Autor, dem Regisseur und allen Mitwirkenden möglichst viel Einnahmen zu verschaffen. Filme werden nämlich nicht aus moralischen Gründen gemacht, sondern zu dem Zweck, damit Geld zu verdienen.“

**KOMMENTARE**  
ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!  
Besuchen Sie uns im Internet: [www.afp-kommentare.at](http://www.afp-kommentare.at)

Der „Wiener Beobachter“, Standpunkte der AFP Wien, Niederösterreich und Burgenland, zu beziehen: 1110 Wien, Krauseg. 1